



DR. MATHIAS MIDDELBERG, MdB
Mitglied des Finanzausschusses
Stellv. Vorsitzender Parlamentskreis Mittelstand (PKM)

| Berlin: mittendrin |

28. Februar 2014

Sehr geehrte Damen
und Herren, liebe
Freunde,

herzlich einladen
möchte ich Sie zum
**Bezirksparteitag der
CDU Osnabrück-
Emsland am Sams-
tag, den 22. März, 11
bis 14 Uhr in das**

Foyer der Städtischen Bühnen Osnabrück. Unser Hauptreferent ist der Chef des Bundeskanzleramts Bundesminister **Peter Altmaier**. Er spricht zum Thema: „Europa stärker und besser machen!“ Mit dabei ist auch unser Landesvorsitzender, **David McAllister**. David ist Spitzenkandidat der CDU Deutschlands für die Europawahl am 25. Mai 2014. Wir wollen auf dem Parteitag aber auch „Danke!“ sagen an unseren langjährigen Europaabgeordneten und ehemaligen Präsidenten des Europäischen Parlaments, **Hans-Gert Pöttering**. Er hat sich über 35 Jahre (!) für die Interessen unserer Region in Brüssel und Straßburg stark gemacht. Grußworte sprechen Oberbürgermeister **Wolfgang Griesert** und unser Kandidat für die Europawahl, **Jens Gieseke**. Wer Interesse hat, dabei zu sein, kann sich anmelden unter: info@cdu-osnabrueck-emsland.de oder Tel. 0541/57 0 67.



/ **Presse**

NOZ vom 15. Februar 2014

Bei Korruption droht Haft

Große Koalition will neue Regeln
– Middelberg: Zu schwammig

BERLIN. Die Pläne der Großen Koalition, Bestechlichkeit von Abgeordneten unter Strafe zu stellen, stoßen in den Reihen der CDU auf formale Bedenken.

Bisher macht sich ein Abgeordneter nur strafbar, wenn er seine Stimme bei einer konkreten Abstimmung „verkauft“. Künftig sollen Bestechung und Bestechlichkeit von Parlamentariern als eigener Straftatbestand verfolgt werden. Verstöße sollen mit einer Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren geahndet werden.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Michael Grosse-Brömer, sprach sich dafür aus, den Tatbestand der Bestechung genau einzugrenzen. Die freie Mandatsausübung eines Abgeordneten dürfe nicht eingeschränkt werden. So dürfe es nicht sein, dass Abgeordnete zum Beispiel wegen harmloser Einladungen von Verbänden ins Visier von Staatsanwälten gerieten.

Ähnlich äußerte sich der CDU-Bundestagsabgeordnete Mathias Middelberg (Osnabrück-Stadt). Eine Strafvorschrift gegen Abgeordnetenbestechung sei völlig richtig. Der vorliegende Gesetzesvorschlag sei aber „zu schwammig formuliert“, meinte er. Viele Abgeordnete seien deshalb verunsichert. „Sie können kaum einschätzen, was zukünftig noch erlaubt oder verboten ist. Hier ist Nachbesserung erforder-

NOZ vom 13. Februar 2014



Mathias Middelberg (Bild), CDU-Abgeordneter aus Osnabrück-Stadt, ist in den Vorstand der Unionsfraktion im Bundestag aufge-

stiegen: Er ist einer von zwölf Beisitzern in der Fraktionsführung. Bei den Bundestagswahlen 2009 und 2013 hatte Middelberg seinen Wahlkreis direkt gewonnen. Der 49-Jährige ist auch stellvertretender Vorsitzender des Parlamentskreises Mittelstand, des Wirtschaftsflügels der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Foto: Egmont Seiler



Aktuelle Informationen
immer auf
[facebook.com/mathias.middelberg](https://www.facebook.com/mathias.middelberg)



Traditionelles Grünkohlessen der Hagener CDU am 14. Februar 2014

Wieder ein voller Erfolg war das Grünkohlessen der Hagener CDU im Gasthaus Herkenhoff. Fast 100 Gäste genossen eine hervorragende Mahlzeit und hörten Kurzberichte zur Kommunal-, Landes- und Bundespolitik.



V.l.n.r.: Bastian Spreckelmeyer, Christoph Dransmann, Christian Calderone, Mathias Middelberg, Mechthild Laxtermann, Claus Molitor und Ilka Pötter.

Flexibler Renteneintritt statt Rente mit 63

Politisch werden die Weichen derzeit auf einen frühen Renteneintritt gestellt, auch wenn dieser Weg demografisch in die Sackgasse führt. Die Rente mit 63 betrifft genau den Personenkreis, auf den wir in Zukunft am wenigsten im Erwerbsleben verzichten können: Die gut ausgebildeten und erfahrenen Facharbeiter. **Statt Anreize für Frühverrentung zu schaffen, sollten wir eher an Modellen für einen flexiblen Renteneintritt arbeiten.** Hürden bei der Beschäftigung älterer Fachkräfte müssen abgebaut werden, z. B.:

- Beschäftigte Rentner sind grundsätzlich, ungeachtet einiger Besonderheiten, sozialversicherungspflichtig. Von der Zahlung weiterer Rentenversicherungsbeiträge und von Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung sollten sie jedoch befreit werden.
- Viele Unternehmen scheuen davor zurück, ältere Arbeitnehmer über die Altersgrenze hinaus zu beschäftigen, weil das Sonderkündigungsrecht ausschließlich zum Renteneintritt greift. Über den Renteneintritt hinaus Weiterbeschäftigte sind danach kaum kündbar. Gemeinsame Absprachen, die Beschäftigung für einen bestimmten Zeitraum zu verlängern, sind tarifrechtlich und arbeitsrechtlich angreifbar. Deshalb sollten grundsätzlich Befristungen bei Überschreiten der Regelaltersgrenze ermöglicht werden.
- Bei Bundesbeamten kann der Ruhestand derzeit nur wenige Jahre, unter ganz bestimmten Voraussetzungen, hinausgezögert werden. Auch hier sollten wir flexibler sein.

Herzliche Grüße!

U
Mathias Middelberg

lich“, forderte Middelberg.

„Es ist nicht gerechtfertigt, dass wir hier im Schweinsgalopp durch das Verfahren gehen“, erklärte unterdessen die Grünen-Fraktionsgeschäftsführerin Britta Haßelmann. Die Pläne wurden am Freitag in erster Lesung im Bundestag beraten. Schon Ende kommender Woche sollen sie verabschiedet werden.

Bestraft werden soll laut Gesetzentwurf, „wer als Mitglied einer Volksvertretung des Bundes oder der Länder einen ungerechtfertigten Vorteil für sich oder einen Dritten als Gegenleistung dafür fordert, dass er bei der Wahrnehmung seines Mandats eine Handlung im Auftrag oder auf Weisung wahrnehme oder unterlasse“. Ebenso soll bestraft werden, wer einem Abgeordneten „einen ungerechtfertigten Vorteil“ zu diesem Zweck „anbietet, verspricht oder gewährt“.

Die Koalitionspläne für eine zügige Anhebung der Abgeordnetendiäten um 830 Euro stoßen bei der Großen Koalition und Grünen wie erwartet auf Zuspruch. Union und SPD wollen, dass die Entschädigung der Parlamentarier bis Mitte der Wahlperiode von 8252 auf 9082 Euro steigt. Dann soll ein Automatismus greifen. Ferner gibt es eine Kürzung bei den Pensionen. Grosse-Bromer erläuterte, die jetzt festgelegte Orientierung am Richtersold stehe seit 1995 im Gesetz, sei aber nie erreicht worden, „auch weil wir uns sechs Nullrunden verordnet haben“. Künftig gilt auch: Wer die Sitzung schwänzt, zahlt 200 Euro.

& Kontakt

Büro in Berlin

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel: 030 227 – 71382

Fax: 030 227 – 76882

mathias.middelberg@bundestag.de

Büro im Wahlkreis

Rolandsmauer 11, 49074 Osnabrück

Tel.: 0541 57067

Fax: 0541 957999

mathias.middelberg@wk.bundestag.de

www.mathias-middelberg.de

facebook.com/mathias.middelberg